



„Schonungslose Aufklärung“ steht aus

Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow: Chaostage bei Sicherheitsbehörden beenden!

Nach Meldungen, dass im Thüringer Innenministerium erst jetzt umfangreiche Akten zu einer Sonderkommission „Rechte Gewalt“ (SoKo ReGe) aufgetaucht sind, die der Schäfer-Kommission vorgelegen hätten, aber in ihrem Abschlussbericht keinen Niederschlag fanden, hatte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Bodo Ramelow, am 27. Juli gefordert: „Jetzt muss die Schäfer-Kommission dringend für Klarheit sorgen, ansonsten verliert ihr Abschlussbericht seine Glaubwürdigkeit.“

Zudem sei es „schier unbegreiflich“, dass Monate ins Land gehen, bevor im Innenministerium die SoKo ReGe „aufgefunden wurde, obwohl das Ministerium doch selbst der Auftraggeber für ihre Einrichtung war“.

Es werfe „kein gutes Licht auf den Aufklärungswillen der Landesregierung, wenn mehr und mehr Puzzle-Steine des behördlichen Versagens und amtlicher Fehlentscheidungen fast ausnahmslos von engagierten Journalisten zusammengetragen werden.“

Wir haben es offenkundig mit einem Innenministerium zu tun, in dem sich erst niemand erinnern kann, wie, durch wen und unter welchen Umständen Behördenleiter oder Sonderkommissionen eingesetzt wurden“, sagte Bodo Ramelow. Diese „kalkulierten Erinnerungslücken“ erstreckten sich offenkundig auch auf die gesamte Amtsführung im Innenministerium. Er nenne

das „unselige Chaostage der Thüringer Sicherheitsbehörden“. Der LINKE-Spitzenpolitiker verlangte, dass „nun endlich die Ministerpräsidentin eingreifen muss. Die laute Empörung des Innenministers in Reaktion auf den neuerlichen Skandal soll wohl von seiner Verantwortung der unzureichenden Amtsführung ablenken“.

Die Akten wurden „vorschriftsmäßig vernichtet“

Wie der Thüringer Innenminister Jörg Geibert am 2. August erklärt hatte, seien die Akten der Sonderkommission „Rechte Gewalt“ in Thüringen vorschriftsgemäß vernichtet worden. Wie die Nachrichtenagentur dpa verbreitete, sagte er weiter, dass von den Akten aus den Jahren 2000 bis 2002 nur noch ein Bruchteil vorhanden sei. Nach den Vorschriften seien die Unterlagen, die nicht in Ermittlungsakten über potenzielle Straftäter oder auffällige Objekte eingefügt worden seien, entsprechend der gesetzlichen Fristen vernichtet worden.

Ob durch die Aktenvernichtung Informationen verloren gegangen sind, die aus heutiger Sicht bei der Aufklärung der Verbrechen der rechten Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) wichtig sind, konnte der Thüringer Innenminister nicht ausschließen. Was noch vorhanden sei, würde den Untersuchungsausschüssen von Landtag und Bundestag zur Verfügung gestellt. „Wir stellen alles

zur Verfügung. Es gibt kein Geheimnis“, erklärte Geibert.

Inzwischen ist innerhalb der Thüringer CDU-SPD-Koalition ein heftiger Streit entbrannt. Der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Fiedler hatte eine Sondersitzung des Justizausschusses gefordert, um zu klären, „ob das Justizministerium alle Akten vorgelegt hat“. Es sei unerklärlich, „wie Dutzende Ermittlungsverfahren in der Inkubationszeit des Rechtsterrorismus im Sande verlaufen konnten und die Polizei vielfach für den Papierkorb ermitteln hat“. Der Innenminister seinerseits wies die Kritik von SPD-Fraktionschef Uwe Höhn zurück, dass er sein Haus „nicht im Griff“ habe.

„Ohne Rücksicht auf die Person“

Zu den „vorschriftsgemäß vernichteten Dokumenten“ sagte Jörg Geibert, dass der „Leitende Oberstaatsanwalt in Gera“ dann zu dem Schluss gelangt sei, das vorliegende Material für ein Ermittlungsverfahren zur Bildung einer „Kriminellen Vereinigung“ nach Paragraph 129 reiche nicht aus. Daher sei die SoKo aufgelöst worden. Die Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses, Dorothea Marx (SPD), wies die Kritik Fiedlers am Justizministerium zurück. Es gehe „um eine Aufklärung ohne Rücksicht auf die Person, die Position und die Parteimitgliedschaft“. Sie schloss auch den früheren SPD-Innenminister Richard Dewes und dessen Staatssekretär nicht aus. ■

AKTUELL

Neue „Wasserabgabe“ zurückziehen

Trotz teilweise heftiger Kritik aus Wirtschaft und Opposition bleibt das Thüringer Umweltministerium bei den erst am 3. August bekannt gewordenen Plänen für eine Abgabe auf die Wasserentnahme. Grundsätzlich halte sein Haus an dem Vorhaben fest, sagte Staatssekretär Roland Richwien am 5. August. Gleichzeitig signalisierte er Gesprächsbereitschaft, was die Höhe der Abgabe angeht. Diese könne erst dann genau bestimmt werden, wenn der Gesetzentwurf durch die Anhörungsphase sei.

Unter anderem die LINKE und die Industrie- und Handelskammern in Thüringen hatten die Pläne scharf kritisiert. Der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank

Kuschel, forderte die Landesregierung auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. „Die in Thüringen zu zahlenden Wassergebühren sind bereits die höchsten im gesamten Bundesgebiet. Die Erhebung der Gebühr wird nur erneut die Bürger belasten, da die Zweckverbände diesen Betrag auf die Wasserabnehmer umlegen werden.“

Auch sei nicht erkennbar, warum die Landesregierung „außer zur Erhöhung der Einnahmen zur Konsolidierung des Haushaltes, diese Abgabe erheben will“. Das Land habe keinen Kostenanteil an der Wasserversorgung. Mit dem dualen System zwischen Fernwasserversorger und Zweckverbänden würden die Kosten der Wasserversorgung, also auch Investitionen und Bereitstellungen, bereits durch die Wasserge-

bühren abgegolten. Nicht schlüssig sei auch die als Begründung angeführte Steuerung des Verbraucherverhaltens.

Frank Kuschel: „Die Bürger sparen bereits ausreichend Wasser, so dass ein Trinkwasserüberschuss besteht. Eine weitere Preissteigerung würde nur dazu führen, dass die Anlagen nicht ausgelastet werden und weitere Preissteigerungen zur Kostendeckung auf die Bürger zukommen. Dieser Teufelskreis sollte gar nicht erst begonnen werden. Zudem erwirtschaften jetzt schon einige Zweckverbände Gewinne. Anstatt diese an die Mitgliedsgemeinden auszuschießen, sollten sie verwendet werden, um die Wassergebühren zu senken. Die Landesregierung täte gut daran, den Gesetzentwurf nicht ins Parlament einzubringen.“ ■

KOMMENTIERT:

von Margit Jung

Zwei Jahre Kita-Gesetz

Der Ländermonitor der Bertelsmann-Stiftung geht davon aus, dass ab 2013 in den alten Bundesländern 15.000 zusätzliche Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen gebraucht werden.

Wenn der Krippen- und Kita-Ausbau nicht dazu führen soll, dass immer mehr Erzieherinnen aus Thüringen abwandern, muss das Gehaltsniveau verbessert werden. Warum sollten junge, ungebundene Frauen hier bleiben, wenn sie für die gleiche Arbeit in Bayern oder Baden-Württemberg 300 Euro mehr bekommen können?

Zwei Jahre nach Inkrafttreten des neuen Kita-Gesetzes kann festgestellt werden, dass sich die Situation in den Thüringer Kitas deutlich verbessert hat, auch wenn Thüringen nach wie vor beim Personalschlüssel lediglich Durchschnitt ist. Es hat sich doch gelohnt, dass das Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik fünf Jahre um dieses Gesetz gekämpft hat.

Um nicht wortbrüchig zu werden, ist der SPD gar nichts anderes übrig geblieben, als in der Regierung den gemeinsamen Entwurf durchzusetzen.

Es verwundert mich allerdings etwas, dass Kultusminister Christoph Matschie seine Mitsstreiter und Weggefährten in den öffentlichen Verlautbarungen links liegen lässt und nur noch von einem SPD-Gesetz redet. Das ist ganz einfach schlechter Stil.

Zudem sind auch noch lange nicht alle Aufgaben erfüllt. Nach wie vor werden die meisten Kinder mit Behinderungen in integrative Einrichtungen geschickt und können nicht in ihrer Ortsgemeinde die Regel-Kita besuchen. Das ist besonders dann Unsinn, wenn sie anschließend in ihre Ortsgrundschule gehen. Grundsätzlich ist auch beim Übergang von der Kita zur Schule noch viel zu tun. Durch die unterschiedlichen Bildungsansätze und Zuständigkeiten im Kultusministerium läuft hier noch vieles nicht rund.

Darüber hinaus wird DIE LINKE auch weiter für eine stabile Ausfinanzierung des Gesetzes streiten. Erst dann, wenn die Mittel zweckgebunden zugewiesen werden, können wir davon ausgehen, dass auch das ganze Geld bei den Kitas vor Ort ankommt.

Durch Appelle an Landkreise und Kommunen kann eine zweckentfremdete Mittelverwendung nicht gelöst werden.